Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1916

137 (14.6.1916)

Visual Library

No. 137. Karlsruhe, Mittwoch den 14. Juni 1916. 36. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 75 ₰, ¼jährl. 2,25 M. Zugestellt durch unsere Träger 85 ₰ bezw. 2,55 M, durch den Postbot. 89 ₰ bezw. 2,67 M, durch d. Feldpost 90 ₰ bezw. 2,60 M; vorauszahlbar.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftszeit: 7—1 u. 2—½7 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 6spalt. Kolonelzeile od. deren Raum 20 ₰. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme ½9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Verlängerung des Krieges.

Von G. Noske, M. d. R.

Sozialisten aus den gegen Deutschland im Kriege befindlichen Ländern, die an den Konferenzen in Zimmerwald und Kienthal teilnahmen, haben in ihren Berichten über die beiden Tagungen mit sichtlichem Behagen die tatsächlichen oder angeblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten hervorgehoben, in denen sich Deutschland nach den Berichten deutscher Teilnehmer befindet. Von den deutschen Teilnehmern an den Besprechungen liegen solche Angaben über die Lage der gegnerischen Länder nicht vor. Die Hoffmann und Genossen sind in ihrer öffentlichen Berichterstattung durch die Zensur gewiß behindert. Aber das geschieht offensichtlich nicht stärker, als auch in Frankreich und England, wo die Zensur meist mit rücksichtsloser Strenge jede Auslassung unterdrückt, von der angenommen wird, sie sei für das Land von nachteiliger Wirkung. Dagegen wird selbstverständlich jedem Satz weiteste Verbreitung gegönnt, der Deutschlands Position als ungünstig erscheinen läßt. Ungeniert verwerten die ausländischen Sozialisten offenbar alle für Deutschland ungünstig klingenden Darlegungen deutscher Konferenzteilnehmer aus den Verhandlungen, wie verschiedene Berichte in der Presse des feindlichen Auslandes beweisen. Wir kennen die Art der Verhandlungen von Zimmerwald und Kienthal im einzelnen nicht. Wenn aber schon aus den einzelnen Ländern Situationsberichte gegeben werden, müßten sie streng vertraulichen Charakter tragen. Die deutschen Zimmerwalder haben öffentlich bisher den Standpunkt vertreten, alle Regierungen tragen gleichmäßig Schuld am Ausbruch des Krieges, deshalb sollten die Sozialisten aller Länder die Kriegskredite verweigern und durch die Entfesselung des Klassenkampfes die Beendigung des Krieges erzwingen. Wir machen uns diese Auffassung nicht zu eigen, sondern haben sie als nicht förderlich für unser Land und schädlich für die Interessen nicht zuletzt des deutschen Proletariats entschieden bekämpft. Wer sich aber schon dazu bekennt, wäre trotzdem verpflichtet, nichts zu sagen und zu tun, was die Position seines Landes irgendwie verschlechtert, solange der Krieg noch andauert, und was die Neigung zur Fortsetzung des blutigen Ringens in den feindlichen Ländern beleben könnte.

Durch Berichte deutscher Zimmerwalder sind Angaben über den Grad der Unzufriedenheit und der angeblichen Kriegsunlust in England und Frankreich nicht bekannt geworden. Was wir über die Stimmung in den feindlichen Ländern wissen, erfuhren wir nur aus den uns zugänglichen Blättern der kriegführenden Staaten und des neutralen Auslandes. Möglich ist, daß die deutschen Delegierten der wilden sozialistischen Konferenzen bemüht sind, loyal strenge Diskretion zu üben. Es wird ihnen dann nicht Gleiches mit Gleichem vergolten. Sehr berechtigt ist aber auch die Annahme, daß Franzosen und Engländer bei ihrer Berichterstattung sich größte Reserve auferlegen. Nach allem, was wir über ihre Auffassung vom Kriege erfahren haben, würde das nicht verwunderlich sein. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, haben noch alle Sozialisten in Frankreich und England, die sich über den Krieg öffentlich äußerten, die Auffassung vertreten, daß Deutschland der Störenfried war, daß ihre kapitalistischen Regierungen für eine gute Sache kämpfen und daß Deutschlands Niederlage der Freiheit der Menschheit förderlich sein werde. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, daß selbst Friedensfreunde wie Macdonald die Räumung Frankreichs und Belgiens als Voraussetzung für den Beginn von Friedensverhandlungen ansehen. Für eine solche Selbstmordpolitik — das braucht eigentlich kaum betont werden — ist natürlich kein deutscher Sozialdemokrat zu haben, der seine Sinne gesund erhalten hat. Außerordentlich bezeichnend für die Denkweise der französischen Sozialisten ist der Umstand, daß uns auch nach der zweiten Zimmerwalder Tagung keine Angabe darüber vorliegt, daß die Franzosen klipp und klar erklärt hätten, sie wollten den Gedanken an die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens im französischen Volke mit allem Nachdruck bekämpfen und dadurch ihrerseits zur Beendigung des Völkermordens beitragen. In Frankreich darf eine solche Ansicht offen noch immer nicht ausgesprochen werden. Reden, wie sie bei der letzten Zensurdebatte im deutschen Reichstag von den Sozialdemokraten gehalten wurden, sind zurzeit in der französischen Kammer absolut unmöglich. Die letzten Versuche, eine Art Friedensdebatte zu entfesseln, sind rasch und gründlich vom Kammerpräsidenten und der großen Mehrheit der Volksvertretung unterdrückt worden.

Frankreich und England wollen den Frieden noch nicht. Daß sie einen Sieg auf den Schlachtfeldern noch für möglich halten, ist unwahrscheinlich. Die Regierungen der beiden Länder, hinter denen nach wie vor der größte Teil der Führer der Sozialisten und organisierten Arbeiter steht, setzen ganz allein ihre Hoffnung auf einen Erfolg bei der Fortsetzung des Blutvergießens infolge der wirtschaftlichen Erschöpfung Deutschlands und der Schwierigkeit der Ernährung des deutschen Volkes. Wer diese Hoffnungen direkt und indirekt stärkt, schädigt Deutschland und die Masse des deutschen Volkes in der unverantwortlichsten Weise. Das haben offenbar deutsche Teilnehmer an der zweiten Zimmerwalder Konferenz außer acht gelassen bei Darlegungen über die Lage und Stimmung des deutschen Volkes.

Der französische Sozialist Raffin-Dugens, der in Kienthal war, hat dem Berichterstatter der Zeitung „Bonnet Ronge" darüber geplaudert, wie ein deutscher Delegierter unser Volk geschildert habe. Durch die Redensart, es handle sich bei dem Krieg um eine Frage von Leben und Tod, sei es derarte getäuscht, daß es sich zur Schlachtbank schicken lasse, ohne mit der Wimper zu zucken, trotzdem die Unzufriedenheit immer mehr um sich greife. Dieser deutsche Delegierte habe auch die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung hauptsächlich auf das Hamstern und die Spekulation zurückgeführt.

Im wesentlichen stimmen die Angaben darüber, was ein Hoffmann als Berichterstatter über die Lage Deutschlands genannt, der dargelegt habe, daß die Erbitterung in unserem Volke wachse, und in Aussicht gestellt hat, daß auch Unruhen ausbrechen könnten. Nur den Ausbruch eines großen Aufstandes, den uns bekanntlich namhafte französische Sozialisten freundschaftlich zur Pflicht machen wollten, um sie zu bewegen, mit der deutschen Sozialdemokratie die zerrissenen internationalen Beziehungen wieder anzuknüpfen, hat Hoffman nicht geglaubt in Aussicht stellen zu können.

In wesentlichen stimmen die Angaben darüber, was ein oder mehrere deutsche Delegierte in Kienthal über die Lage in Deutschland erzählt haben, in dem französischen und dem englischen Blatt überein.

Es ist blöd, wenn nichts schlimmeres, daß, wie in dem französischen „Bonnet Ronge" behauptet wird, in Kienthal den ausländischen Sozialisten erzählt worden ist, der Krieg sei bei den deutschen Arbeitern „nicht mehr populär". Kriegsbegeistert waren die Sozialdemokraten Deutschlands nie. Aber nach wie vor sind sie fest entschlossen, deutsche Provinzen nicht zur Beute feindlicher Heere werden zu lassen. Unsere Volksmassen sind politisch einsichtig genug, um zu wissen, daß die Niederlage Deutschlands für sie von den fürchterlichsten Folgen sein würde. Es ist eine nichtswürdige Beschimpfung der deutschen Proletarier im Soldatenrock, wenn ihnen nachgesagt wird, daß sie durch Redensarten verblendet, sich wie Schlachtvieh in den Tod jagen ließen. Wohl ist unser Volk und unser Heer durchaus bereit, einen ehrenvollen Frieden mit hellem Jubel zu begrüßen, aber wir Deutsche wissen, daß die Machthaber der feindlichen Länder noch immer sich für die Fortsetzung des Krieges bis zum Weißbluten einsetzen, wie es bisher auch an starken Willenskundgebungen für die Herbeiführung eines baldigen Friedens bei den Volksmassen in Frankreich und England durchaus gefehlt hat. Wir erfahren nichts davon, daß in Zimmerwald und Kienthal auf diese unbestreitbare Tatsache mit dem erforderlichen Nachdruck hingewiesen worden ist.

Daß lebhafter Unzufriedenheit wegen ungenügender Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung in Deutschland Ausdruck gegeben worden ist, braucht nicht in Abrede gestellt werden. Aber den Tatsachen wird Gewalt angetan, wenn den ausländischen Sozialisten, die es in den feindlichen Ländern weiter verbreiten, berichtet wird, daß die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung hauptsächlich auf das Hamstern und die Spekulation zurückzuführen sind. Fehler und zutage getretene Gewissenlosigkeit sind scharf zu bekämpfen gewesen. Aber in der Hauptsache ist der Mangel in Deutschland dem Aushungerungsversuch Englands und seiner Verbündeten zuzuschreiben. Deutschland ist längst aus einem Agrarstaat zu einem hochentwickelten Industriestaat geworden, der riesige Mengen von Waren ausführt und dafür jenseits der Meere Rohstoffe und einen beträchtlichen Teil der zur Ernährung der stark vermehrten Bevölkerung erforderlichen Lebensmittel eintauscht. Der riesig angewachsene Anteil Deutschlands am Welthandel hat die Mißgunst Englands wachgerufen und allmählich derartig gesteigert, daß es den Krieg entfesselte, um den unbequemen Konkurrenten niederzuzwingen und auf lange Zeit, wenn nicht für immer unschädlich zu machen. Weil es nicht gelingt, im mörderischen Ringen auf den Schlachtfeldern die deutschen Heere zu schlagen, führt Britannien den Aushungerungskrieg gegen die Frauen und Kinder, indem es, unter brutaler Vergewaltigung der Neutralen, jede Zufuhr nach Deutschland abzuschneiden sucht. Unbegreiflich ist es, daß ein Deutscher vor Ausländern über die Lage Deutschlands spricht, ohne diesen Umstand auf das Nachdrücklichste zu betonen, der allein schon beweist, wie heuchlerisch die humanitären Redensarten sind, die so oft aus dem Munde englischer Staatsmänner während des Krieges zu vernehmen waren.

Zum Schaden Deutschlands werden die Angaben der deutschen Delegierten in Kiental von der Presse des feindlichen Auslands ausgeschlachtet. Die, wenn auch natürlich von dem Berichterstatter nicht beabsichtigte Wirkung ist, daß die Machthaber Frankreichs und Englands in ihrer Hoffnung auf den Zusammenbruch Deutschlands bestärkt werden und daß auch bei den Volksmassen beider Länder die Neigung zur Fortsetzung des Krieges lebendig erhalten oder wieder angefacht wird. Dadurch werden die Leiden der Volksmassen in Deutschland, wie in den anderen am Kriege beteiligten Ländern verlängert und weitere Abertausende von Soldaten haben nutzlos ihr Leben zu opfern. Es ist gräßlich, daß politische Verranntheit solche verhängnisvollen Wirkungen zeitigt. Die deutsche Arbeiterklasse muß gegen diese Art der Betätigung der deutschen Zimmerwalder allerschärfsten Einspruch erheben.

10 Pfg. Einwurf! — Dann beginnt das Gefecht!

In der Metropoltheater-Passage zu Berlin steht ein Schaukastenautomat. Feldgraue Däumlinge liegen im Unterstand und Schützengraben gegen blaubefrackte und rotbehoste Französlein, die eine Festung verteidigen. Das Ganze ist allerliebst und jeder Vorübergehende kann sich davon überzeugen, wie niedlich ein Weltkrieg ist. Aber der Automat — sonst wäre er ja keiner — verspricht noch höhere Genüsse, denn an seinem oberen Rande trägt er einen nickelhungrigen Schlitz und darüber hängt ein Schild, auf dem in großen Buchstaben zu lesen ist: „10 Pfg. Einwurf, dann beginnt das Gefecht".

So ist in Berlin für alles gesorgt. Für 10 Pfg. kann jedermann seinen eigenen kleinen Krieg haben. Wirf einen Nickel — er kann auch Eisen sein — in den Schlitz, dann kommt auf einmal, wie der Berliner sagt, Leben in die Bude; die Kanonen knallen ihre Stöpsel los und es wird gehauen, gestochen und geschossen, daß es nur so eine Freude ist. Es dauert gar nicht lange, dann sind alle Franzosen tot und gefangen, die Deutschen marschieren in die Festung ein, und dann — sonst wäre es ja kein Automat — kehrt alles wieder in den alten Zustand zurück.

Das hübsche ist, daß die Geschichte immer wieder von vorne beginnen kann. Wirf nochmals einen Nickel in den Schlitz, dann brüllen gleich wieder die Geschütze, es wird gehauen, gestochen usw. und zum Schluß ist alles wieder wie zuvor. Und so fort, solange die Nickel reichen.

So gings, konnte es noch lange gehen. In Paris gibt es gewiß auch so einen Automaten, denn der gute Geschmack im Kriege ist international. Nur ist es dort natürlich umgekehrt, dort werden die Deutschen erschossen und gefangen genommen — und dann kehrt alles wieder in seinen alten Zustand zurück.

Jüngst aber ging ein Herr durch die Berliner Passage, der gerade aus dem Schützengraben gekommen war, besah sich das Ding, und weil er vom Felde her den derben Ton gewohnt war, schimpfte er über den lästerlichen Unfug. Weil er aber außerdem ein Journalist, also von berufswegen ein neugieriger Mensch war und für seine Zeitung darüber etwas schreiben wollte, warf er einen Nickel in den Schlitz.

Und nun geschah ein Wunder. Das Gefecht begann — nicht! Die Kanonen gingen nicht los, es wurde nicht geschossen, nicht gehauen und nicht gestochen, nichts rührte sich. Rütteln, Fußtritte. Alles blieb still.

Der Automat war kaputt!

Ein Zaungast, der sich auf die kostenlose Sensation gefreut hatte und nun tief enttäuscht war, wollte durchaus den Passagewärter holen. Er bestand auf seinem kleinen Krieg, den ein anderer bezahlt hatte, er wollte unter allen Umständen Blut sehen. Aber der Nickelspender wehrte ab. Denn obwohl er ein Journalist war, also ein Mann, der von berufswegen nicht an Wunder glaubt, war es ihm bei längerem Hinsehen so gewesen, als ob die Deutschen und die Franzosen einander auf einmal ganz freundlich anblickten. „Lassen Sie doch," sagte er ganz ernst, „einmal mußte es doch so kommen". Sagte guten abend und ging.

Eine Mühlen-Konferenz.

Mit der Beschäftigung des Mühlengewerbs im neuen Erntejahr beschäftigte sich eine Konferenz, die am 8. Juni im Sitzungssaal der Reichsgetreidestelle tagte. An ihr nahmen teil der Chef der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär Michaelis, die Direktoren und einige Aufsichtsräte derselben, je fünf Vertreter der drei Reichsverbände des Müllergewerbes und die Reichstagsabgeordneten Käppler und Schweickhardt. Einleitend bemerkte der Chef der R.-G., daß die Konferenz nur informatorischen Charakter habe, daß aber in einer späteren Konferenz die R.-G. ihre Absichten betr. der Vermahlung der nächsten Ernte den Müllerei-Interessenten unterbreiten werde. Er erklärte dann den Erschienenen, daß alle Vorwürfe über Bevorzugung oder Benachteiligung von Mühlen oder Mühlengruppen gar keinen Zweck hätten und bei den Erörterungen ausgeschaltet werden sollten. Die R.-G. habe nicht das geringste geschäftliche Interesse daran, ob diese oder jene Mühle oder Mühlengruppe beschäftigt würde oder nicht; für die R.-G. sei lediglich leitender Grundsatz, das Brotgetreide rationell zu be-

wirtschaften und das Durchhalten des Volkes zu ermöglichen. Die Vorwürfe, daß die R.-G. unnötigerweise große Mengen Getreide „spazieren gefahren" habe, seien unbegründet. Nicht Aufkaufen und Vermahlen, sondern Lagerung und Gesunderhaltung der Getreide- und Mehlbestände sei das schwierigste Problem für die R.-G. Deshalb sei dieselbe auf Großmühlen in erster Linie angewiesen, welche die volle Verantwortung über die Bestände übernehmen könnten. Auch ermöglichten in erster Linie die Großmühlen der R.-G. rasche und einheitliche Dispositionen. W enn Ausgleich durch die R.-G. wünschenswert erscheine, würde diese nach Möglichkeit dazu bereit sein.

In der Konferenz verlangten die Klein- und Mittelmühlenverbände, daß den Kommunalverbänden die gesamte Bewirtschaftung des Brotgetreides übertragen werde, und daß sie sich zu diesem Zweck zu größeren Getreidewirtschaftsverbänden zusammenzuschließen hätten. Der R.-G. solle nur die Aufsicht über diese Verbände bleiben. In allen Kommunalverbänden sollten die Mühlen zu Zwangsgenossenschaften zusammengeschlossen werden. Die Mahlaufträge sollten an alle Mühlen, die als Mahlmühlen schon v or dem Kriege im Betrieb waren, gleichmäßig verteilt werden.

Die Vertreter der Großmühlen erklärten sich mit der möglichst gleichmäßigen Beschäftigung aller Mühlen einverstanden; sie erklärten aber, daß sie nicht mit allen Vorschlägen der beiden anderen Verbände einverstanden seien; besonders aber verlangten sie, daß auch einzelne Großmühlen, die keiner Vereinigung im Sinne der beiden andern Verbände angehören, das Recht haben müßten, der R.-G. angeschlossen zu werden. Reichstagsabgeordneter Käppler befürwortete eine Kontingentierung aller Mühlen auf 60 Prozent ihrer Friedensproduktion und legte einen durchgearbeiteten, ziffernmäßig begründeten Plan vor, der die Möglichkeit dieser Regelung bewies. Er empfahl die Einstellung der Nachtarbeit während des Krieges. Er warnte vor dem Bestreben, den Kommunalverbänden ausschließlich die Bewirtschaftung des Brotgetreides zu überantworten. Wenn auch die Kommunalverbände im allgemeinen und besonders dort, wo sie keine hohen Zuschläge auf die Mehlpreise vornehmen billigere Mehl- und Brotpreise hätten als dort, wo die Versorgung der R.-G. obliege, so lasse doch meist die Kontrolle, daß kein Brotgetreide verfüttert werde, recht viel zu wünschen übrig. Außerdem befürchtet er, daß dann mit dem Brotgetreide dieselbe Absperrungspolitik eintreten könne, die wir bei andern Lebensmitteln zu beklagen haben. Man werde seitens der Müllerverbände eine Besserung nur erreichen, wenn man an das Bestehende anknüpfe und vor allen Dingen dürfe mit der Neuregelung der Vergebung der Mahlaufträge k eine V erteuerung des B rotes verbunden sein, dagegen müßte sich die R.-G. und würde sich der Reichstag, wenn er beisammen wäre, entschieden wehren. Die Müllerverbände müßten sich auf annehmbare Vorschläge einigen, wie man, ohne eine Verteuerung des Brotes herbeizuführen, von dem jetzigen Prinzip der R.-G. abgehen könne, den Mahllohn nach dem Beschäftigungsgrade der Mühlen zu bemessen. So lange dieses Prinzip bestehe, habe die R.-G. ein wohlbegründetes geschäftliches Interesse daran, wenige Großmühlen voll zu beschäftigen, um niedrige Mahllöhne zu erzielen. Bekomme die R.-G. von allen Mühlen zu angemessenen Mahllöhnen gemahlen, dann erst verschwinde das Interesse, eine Anzahl Großmühlen voll zu beschäftigen. Die Reichsgetreidestelle wird in nächster Zeit den Vertretern statistische Unterlagen für eine Neuregelung zugängig machen und dann eine neue Konferenz einberufen.

Württembergischer Landtag.

Am 14. Juni tritt der württembergische Landtag zur Beratung des Etats für 1916 zusammen. Die Unsicherheit, die durch den Krieg in die Staatswirtschaft kam, zwang die Regierung, schon im Jahre 1915 zur Aufstellung eines nur auf ein Jahr berechneten Haushaltsplanes, an Stelle der bisher üblichen zweijährigen Etatsperiode. In den neuen Etatsvoranschlag sind bei fast allen Verwaltungszweigen die Summen des letzten Friedensjahres automatisch wieder aufgenommen worden. Auch jetzt ist die Regierung so verfahren, weil der wirkliche Bedarf während des Krieges im voraus nicht abzuschätzen ist.

Das Etatsjahr beginnt am 1. April. Die Württembergische Verfassung läßt eine verspätete Verabschiedung des Etats zu, insofern sie der Regierung gestattet, nach Ablauf des Etatsjahres die Steuern in der alten Höhe noch 4 Monate ohne besondere Genehmigung noch weiter zu erheben.

Die württembergischen Staatsfinanzen haben zwar, wie der Finanzminister in seiner schriftlichen Erläuterung des Entwurfes hervorhebt, die gewaltige Erschütterung, die der Krieg ihnen zugefügt hat, im ganzen nicht schlecht überstanden. Trotzdem sind dem Etat die Spuren des Krieges tief eingegraben. Er schließt ab mit einem Ausgabebetrag von 121 086 432 Mk., dem eine Einnahme von nur 115 838 387 Mark gegenübersteht. Der Fehlbetrag würde sich auf erheblich mehr als 6,25 Millionen belaufen, wenn nicht im vorigen Jahre schon die Vermögensteuer eingeführt worden wäre und wenn ferner nicht bei allen Ministerien während der ganzen Kriegszeit alle irgendwie entbehrlichen Aufwendungen vermieden worden wären. Auch der in den Friedsjahren angesammelte Reservefonds der Staatseisenbahnen hat zum Ausgleich der Einnahmerückgänge der Eisenbahnverwaltung sehr viel beigetragen. Dazu kommt die merkwürdige Erscheinung, daß die Postverwaltung in der Kriegszeit mit unverhältnismäßig günstigeren Erträgen zu rechnen hat, als wie die Reichspostverwaltung, was zur Folge hat, daß bei der Ausgleichsberechnung zwischen dem Reich und Württemberg für das Jahr 1914 sich ein finanzieller Vorteil für Württemberg von rund 7,4 Millionen Mk., verglichen mit dem Etat, ergab. Im Jahre 1915 wird das Ergebnis ein ähnliches sein und im Etat für 1916 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der in normaler Höhe wieder eingesetzte Ausgleichungsbetrag noch eine gewisse Reserve zur Deckung des Gesamtfehlbetrages darstellt.

Der Fehlbetrag würde übrigens noch um rund 3 Millionen größer sein, wenn nicht schon das voraussichtliche Ergebnis einer vorgeschlagenen Erhöhung der Einkommensteuer in die Einnahmen hineingerechnet wäre. Die Einkommensteuer, die seit 1909 mit 105 Prozent der Normalsätze erhoben wird, soll jetzt auf 125 Prozent erhöht werden. Doch ist eine Abstufung des Zuschlags von 20 Prozent bei den Einkommen von 5000 Mk. abwärts in der Weise vorgeschlagen, daß der Zuschlag beträgt bei Einkommen

zwischen	5000 Mk. und 4400 Mk.	15	Prozent
„	4400 Mk. und 3800 Mk.	10	„
„	3800 Mk. und 3200 Mk.	5	„
„	3200 Mk. und 2600 Mk.	2	„

Diese Gestaltung der Zuschläge dürfte im Landtag auf Widerspruch stoßen, denn die großen Einkommen werden zu schonend, die mittleren zu scharf behandelt. Angesichts der Tatsache, daß der Etat selbst mit einer Mehreinnahme aus der Kapitalsteuer, also mit einer Steigerung der Gesamtsumme des Kapitalvermögens rechnet und im Hinblick auf die gegenwärtigen Lebensmittelpreise, erscheint eine weitergehende Schonung der kleineren Einkommen dringend geboten. Ferner werden die Fragen der Ernährung, der Fürsorge für die Kriegerfamilien und für die Arbeiter der besonders notleidenden Gewerbszweige eingehend besprochen werden.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

WTB. **Großes Hauptquartier,** 13. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gegen einen Teil unserer neuen Stellungen auf den Höhen südöstlich von Y pern sind heute örtliche Angriffe der Engländer im Gange.

Auf dem rechten M aasufer beiderseits des von der Feste D ouaumont nach Südwesten streichenden Rückens schoben wir unsere Linien weiter vor.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der D üna südöstlich von D ubena zersprengte das Feuer unserer Batterien eine russische Kavalleriebrigade.

Nordöstlich von B aranowitschi war das feindliche Artilleriefeuer lebhafter.

Die Armee des Generals Grafen B othmer wies westlich von P rzewloka an der S trypa feindliche Angriffe restlos ab.

Bei P odhaijce wurde ein russisches Flugzeug von einem deutschen Flieger im Luftkampf bezwungen. Führer und Beobachter — ein französischer Offizier — sind gefangen. Das Flugzeug ist geborgen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

O berste H eeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

WTB. **Wien,** 13. Juni. Amtlich wird verlautbart vom 13. Juni 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Am P ruth südlich von Bojan, wurde ein russischer Angriff abgewiesen. In Z adagora, S nyatin und H orodenka ist feindliche Kavallerie eingerückt. Bei B urkanow an der Strypa scheiterten mehrere russische Vorstöße. Nordwestlich von T arnopol stehen unsere Truppen ohne Unterlaß im Kampf. Bei S apanow wurde ein russischer Angriff durch unser Geschützfeuer vereitelt. Südöstlich von D ubno wiesen wir einen feindlichen Kavalleriekörper zurück. In W olhynien hat feindliche Reiterei das Gebiet von T orczyn erreicht. Es herrschte zum größten Teil Ruhe. Bei S okul am Styr trieb der Feind seine Truppen zum Angriff vor. Er wurde geworfen. Auch bei K olki sind alle Uebergangsversuche der Russen gescheitert. Die Zahl der hier eingebrachten Gefangenen stieg auf 2000.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Front zwischen E tsch und B renta und in den D olomiten waren die Artilleriekämpfe zeitweise, wenn die Sichtverhältnisse sich besserten, sehr lebhaft. An mehreren Punkten erneuerten die Italiener ihre fruchtlosen Angriffsversuche.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. H öfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 12. Juni morgens drangen drei feindliche Torpedoeinheiten in den Hafen von P arenzo ein. Sie wurden durch die Abwehrbatterien und Flugzeuge vertrieben. Ihr Geschützfeuer blieb wirkungslos. Nur eine Mauer und ein Dach wurden leicht beschädigt, niemand verwundet, während die Batterien und die Flieger Treffer erzielten.

Der türkische Bericht.

K onstantinopel, 13. Juni. Amtlicher Bericht von gestern: An der I rakfront keine Veränderung. — An der K aukasusfront machten wir im Laufe von örtlichen Kämpfen am rechten und am linken Flügel eine Anzahl Gefangene, eroberten eine große Menge von Gewehren, sowie Telephonapparate und Schützengrabenmaterial. Das in unserem gestrigen Bericht gemeldete Gefecht, das mit der Vernichtung von ungefähr 1000 russischen Kavalleristen endete, fand bei dem Fluß Zappe südlich des Ortes Tschenlemreck und östlich von der Ortschaft Amadien statt. Am Vormittag des 29. Mai warfen fünf feindliche Flugzeuge ungefähr 50 Bomben auf Smyrna ab, die einige Männer, Frauen und Kinder töteten, sowie einige Häuser zerstörten. Von den anderen Fronten liegen keine Nachrichten Meldungen vor.

Der französische Bericht.

Paris, 13. Juni. Amtlicher Bericht von gestern nachmittag: Westlich von S oissons zerstörte die französische Artillerie feindliche Werke und rief eine Explosion in den Linien des Gegners hervor. Auf dem linken Ufer der M aas wurde die Gegend von C hattancourt bombardiert. Auf dem rechten Ufer war der Artilleriekampf lebhaft in den Abschnitten nördlich von Souville und Tavannes. Im Laufe dieser Nacht richteten die Deutschen einen Angriff auf die Schützengräben westlich der Feste V aux. Sie wurden vollkommen zurückgeschlagen.

Paris, 13. Juni. Amtlicher Bericht von gestern abend: Auf dem rechten Ufer der M aas richteten die Deutschen nach nächtlicher Artillerievorbereitung den ganzen Tag aufeinanderfolgende Angriffe auf unsere Stellungen nördlich des Werkes von T hiaumont. Trotz der bedeutenden eingesetzten Kräfte und der Heftigkeit der Stürme haben unser Sperrfeuer und das Feuer unserer Infanterie den Gegner, dessen Verluste sehr ernst waren, überall angehalten. Die Beschießung erstreckte sich außerdem auf die ganze Gegend westlich und südlich des Forts V aux und auf unsere zweiten Linien in den Abschnitten von S ouville und T avannes. Auf dem linken Ufer Artilleriekampf nördlich von C hattancourt ohne Infanteriekampf. Auf der übrigen Front die übliche Kanonade. — An der b elgischen Front wenig Tätigkeit.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die Russen aus Kasr i Schirin vertrieben.

K onstantinopel, 12. Juni. **Das Hauptquartier teilt mit: Nach einem Kampf, der mit der Niederlage und dem Rückzuge der Russen vor Chanikin endete, nahmen unsere Abteilungen die Verfolgung auf, schlugen starke feindliche Kosakenabteilungen zurück und drangen in der Nacht zum 9. Juni in Kasr i Schirin ein.**

Jellicoe an die Flotte.

Berlin, 13. Juni. Reuter meldet nach einem Telegramm der „Täglichen Rundschau" aus dem Haag: Admiral J ellicoe hat an die Flotte folgende Drahtung gerichtet: Ich wünsche, den höheren Offizieren, Kapitänen, Offizieren und Mannschaften der großen Flotte für die Art und Weise, in welcher die Schiffe in dem Gefechte am 31. Mai geführt worden sind, meine hohe W ürdigung auszusprechen. Zu diesem Zeitpunkt, wo die genauen Verluste natürlich noch nicht zur Verfügung stehen, ist es unmöglich, auf Einzelheiten einzugehen, aber es sind genügende Tatsachen bekannt, daß ich wohl endgültig erklären kann, daß die ruhmreichen Ueberlieferungen, die uns durch unsere tapferen Seeleute übermittelt worden sind, in der würdigsten Weise gewahrt wurden. Umstände, besonders ungünstiger Art, haben es unserer Flotte nicht möglich gemacht, einen vollen Sieg zu erringen, den, wie ich weiß, alle Mitglieder der Flotte erwarteten U nsere V erluste sind schwer gewesen und wir vermissen viele unserer tapferen Kameraden. Aber obschon es gegenwärtig nicht möglich ist, genügende Auskünfte bezüglich der Verluste des Feindes zu erhalten, zweifle ich nicht, daß die deutschen Verluste nicht geringer sind als die unsrigen. Schon lief genügend Nachrichtenmaterial ein, daß ich diese Erklärung mit Vertrauen abgeben kann. Ich hoffe, der Flotte bald weitere Mitteilungen über diesen Punkt zugehen lassen zu können, wünsche jedoch nicht, hier zu zögern, meine warme Einschätzung der Arbeit der Flotte und mein V ertrauen auf einen völligen s päteren Sieg zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte nicht endigen, ohne hervorzuheben, daß der Geist und die Aufgeräumtheit der Verwundeten mich mit der größten B ewunderung erfüllt hat. Ich bin s tolz, daß ich die Ehre habe, über eine Flotte zu kommandieren, die mit einer solchen Marine, Mannschaften und Matrosen, bemannt ist.

Verschärfte Kriegspolitik.

Bern, 13. Juni. Soweit sich die Schweizer Blätter mit der italienischen Kabinettskrise befassen, erwarten sie ein stärker nach links orientiertes Ministerium und damit eine v erschärfte K riegspolitik. Die Sorge für den Sieg der Alliierten werde der „Neuen Züricher Zeitung" zufolge, mehr als bisher von der Sorge für die Interessen Italiens den Vorrang erhalten. Nicht ausgeschlossen ist dabei, daß dies bereits auf der Pariser Wirtschaftskonferenz bemerkbar wird. Eine Schwenkung in der italienischen Haltung zu Montenegro und Serbien wäre für den Ausgang des Krieges von noch größerer Bedeutung. Man entdeckt in den Ereignissen vom Samstag unschwer d ie F inger des e nglischen und f ranzösischen B otschafters in R om.

Das Treiben der Entente in Griechenland.

Berlin, 13. Juni. Der Bericht der bulgarischen obersten Heeresleitung vom 5. Juni 1916 meldet, daß die Entente an der griechisch-bulgarischen Grenze in den letzten Tagen auch Patrouillen in griechischen oder türkischen Uniformen verwendet habe. An der Richtigkeit dieser a mtlichen Meldung kann nicht gezweifelt werden, auch wenn der französische Funkspruch aus Lyon vom 9. Juni mitzuteilen weiß, daß die bulgarische Meldung eine Lüge sei und meint: „Ein solches Vorgehen, das allerdings bei den Deutschen und Bulgaren im Schwunge sei, sei bei der französischen Armee nicht üblich".

Der Zweck, den die Entente mit ihren Verkleidungskünsten erreichen will, ist nur zu durchsichtig: Sie sucht mit a llen Mitteln, einen ernsten Zwischenfall zwischen Bulgarien und Griechenland zu schaffen!

Zu diesem Zweck bildet sie Banden, für die sie in S alonikl unzufriedene Elemente genug findet, und steckt sie in griechische Uniformen. Ihre eigenen Soldaten zu verkleiden, wird die Entente sich schwer hüten. Sie würden bei Gefangennahme standrechtlich erschossen werden.

Durch die Verhängung des Belagerungszustandes in M azedonien hat sich der französische Oberbefehlshaber General S arrail dieses saubere Geschäft noch erleichtert, denn der griechischen Regierung sind dadurch vollkommen die Hände gebunden. Sie ist nicht mehr in der Lage, dem Bandenwesen zu steuern und den Mißbrauch griechischer Uniformen zu verhindern.

Wäre es nicht gelungen, dieses Treiben der Entente aufzudecken, so wäre es ihr ein Leichtes gewesen, Griechenland die Verantwortung hierfür zuzuschieben. Ernste Reibungen zwischen Bulgarien und Griechenland wären die Folge gewesen.

J etzt wissen die Bulgaren glücklicherweise, wie sie derartige Vorkommnisse zu beurteilen haben!

Die italienische Ministerkrise.

Ein Kabinett Boselli.

Lugano, 13. Juni. König Viktor E manuel bemüht sich eifrig, die R egierungskrise so schnell wie möglich zu lösen. Zum König waren heute S alandra und die Präsidenten der Kammer und des Senats berufen. Nach längerer Beratung wurde mitgeteilt, daß B oselli vom König mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden sei. Der 80jährige Boselli ist ein K riegsfreund und A nhänger S alandras. Das n eue K abinett wird eine die gegensätzlichen Strömungen v ersöhnende P olitik treiben und sich auf den Boden der nationalen Eintracht stellen. Als wahrscheinlich gilt, daß Boselli neben Parteiführern verschiedener Richtungen auch einige von den zurückgetretenen Ministern in das neue Kabinett berufen wird.

Lugano, 13. Juni. Der „Secolo" nennt als voraussichtliche Mitglieder des Kabinetts B oselli B issolatti, L uzzatti, den Soziologen N itti-Neapel, den Radikalen S acchi F era, den Aaronomen Raineri Leonardo Bi-

anchi. Weiter soll ein Portefeuille für Ernährungsfragen geschaffen werden, das der Erfinder der drahtlosen Telegraphie Marconi übernehmen soll.

Die sozialistische Fraktion erließ einen Aufruf, der die neue Regierung auffordert, nicht den bei allen Völkern wachsenden Friedensbestrebungen entgegenzutreten.

Stürmische Zwischenfälle.

Bern, 13. Juni. Mailänder Blättermeldungen zufolge kam es in der gestrigen Kammersitzung, die eigentlich nur zur Mitteilung der Demission des Kabinetts bestimmt war, zu äußerst stürmischen Zwischenrufen. Turati griff die Regierung wegen der Nichtunterdrückung der Maiunruhen in Mailand im Jahre 1915 an, wobei der Pöbel sich am Privateigentum der deutschen und österreichischen, ja selbst der Schweizer Bürger vergriffen habe. Wir hoffen, schloß Turati wörtlich, daß solche Gewalttätigkeiten, wie sie die Regierung in Mailand damals gestattete, nicht mehr vorkommen. Bei diesen Worten sprang Salandra erregt auf und schrie Turati erregt ins Gesicht: „Das ist eine Lüge und eine Gemeinheit!" Hierauf entstand ein allgemeiner und großer Tumult. Die verschiedenen Gruppen riefen einander die heftigsten Beleidigungen zu. Die Sozialisten insbesondere wandten sich gegen Salandra. Der alte Präsident Marcora war nicht imstande, den wüsten Lärm zu übertönen. Salandra wiederholte immer erregter seine obigen Worte. Die Sozialisten antworteten mit anderen Beschuldigungen und Beleidigungen. Schließlich ergriff Salandra sein Portefeuille und verließ den Platz, während die Sozialisten weiter lärmten. Am Ausgang des Saales warf Salandra sein Portefeuille empört auf einen kleinen Tisch, während die Abgeordneten ihn umringten und zu beruhigen suchten, worauf Salandra den Saal verließ.

Ein Attentat gegen das englische Königspaar?

Köln, 13. Juni. (WTB. Nicht amtlich.) Der „Köln. Volksztg." geht folgender Drahtbericht aus dem Haag zu: Durch Reisende, die von England zurückkehrten, wird erst jetzt bekannt, daß Lloyd George, der englische Minister für Munitionsherstellung, in letzter Zeit mit ernsten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. So sind in den Moorgate Works, die umfangreiche Aufträge für die Munitionslieferung auszuführen haben, bedenkliche Demonstrationen unter den Arbeitern wahrgenommen worden, deren Bekanntwerden die englische Regierung mit den rücksichtslosesten Mitteln zu verhindern sucht. In Slough, wo sich eine Munitionsfabrik desselben Konzerns befindet, scheint sogar ein Attentat gegen das englische Königspaar versucht worden zu sein, ohne daß es bisher gelungen ist, den Urhebern auf die Spur zu kommen. Am 13. Mai stattete das Königspaar einer Fabrik, in der viele Belgier als Arbeiter angestellt sind, einen Besuch ab, als aus unerklärlichen Gründen aus nächster Nähe eine Handgranate explodierte, durch die der Privatsekretär des Königs, Lord Stamfordham, verletzt wurde.

Deutsche Politik.

Zur Tabakbesteuerung.

Die Tabaksteuervorlage hat im Reichstag in der von der Kommission abgeänderten Form in dritter Lesung endgültige Annahme gefunden. Hiernach wird der bisherige Eingangszoll auf auslnädischen Tabak von 85 Mk. auf 130 Mk. pro Doppelzentner erhöht. Bearbeitete Tabakblätter erfahren eine Erhöhung von 180 Mk. auf 280 Mk., Karotten usw. von 210 auf 300 Mk., Kau- und Schnupftabak von 300 auf 600 Mk., geschnittener Rauchtabak von 700 auf 1100 Mk., Zigarren von 270 auf 700 Mk., Zigaretten von 1000 auf 1500 Mk. Hierzu kommt noch die Erhöhung des Wertzollzuschlages von 40 auf 65 Prozent. Die Steuer auf inländischen Tabak wird von 57 auf 70 Mk. pro Doppelzentner erhöht.

Die Erhöhung der Zigarettensteuer erfolgt dadurch, daß sie mit Kriegszuschlägen bedacht werden und zwar in folgender Höhe: Im Kleinverkaufspreis bis 1½ Pfg. von 2 Mk. auf 5 Mk. für 1000 Stück, über 1½ bis 2½ Pfg. von 3 Mk. auf 8 Mk. für 1000 Stück, über 2½ bis 3½ Pfg. von 4,5 Mk. auf 11,5 Mk., über 3½ Pfg. bis 5 Pfg. von 6,5 Mk. auf 18,5 Fk. für 1000 Stück, über 5 Pfg. bis 7 Pfg. von 9,5 Mk. auf 27,5 Mk. für 1000 Stück, über 7 Pfg. von 15 Mk. auf 40 Mk. für 1000 Stück. Die Steuer auf Zigarettenpapier wird von 1 Mk. auf 6 Mk. fr 1000 Hüllen erhöht.

Infolge der Tätigkeit der Vertreter der drei Tabakarbeiterverbände, sowohl im Reichsschatzamt, als auch bei den Abgeordneten der verschiedenen Parteien ist der Artikel V, der eine Unterstützung für diejenigen Arbeiter und Arebiterinnen vorsieht, die infolge der Tabakabgaben arbeitslos oder geschädigt werden, neu hinzugekommen. Hiernach erhalten alle im Tabakgewerbe oder dessen Hilfsindustrien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die länger als ein Jahr hierin beschäftigt waren, wenn sie infolge der Tabakabgaben im ersten Jahr nach Inkrafttreten derselben arbeitslos oder geschädigt werden, eine Unterstützung vom Reich. Dieselbe soll auf die Dauer von 6 Monaten gewährt werden und dreiviertel des berdienten Lohnes betragen. Die näheren Ausführungen hierzu erläßt der Bundesrat und sind vor deren Ausarbeitung ebenfalls die Vertreter der drei Tabakarbeiter-Verbände in dieser Woche zur Vortragung ihrer Wünsche ins Reichsschatzamt gerufen worden.

Soweit die Zigarettenbesteuerung in Betracht kommt, tritt diese auf 1. Juni und die Steuer- und Zollerhöhung für inländischen Tabak am 1. Juli in Kraft. Der Wertzollzuschlag bon 40 auf 65 Prozent tritt jedoch erst in Kraft, wenn die ausländischen Tabakpreise im Durchschnitt wieder auf 180 Mk. pro Zentner gesunken sind, die zurzeit ungefähr auf 400 Mk. stehen.

Anträge an den Reichskanzler.

Wie in Köln, so sind auch in der Elberfelder Stadtverordnetenversammlung heftige Angriffe gegen die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft gerichtet worden. Die städtische Lebensmittelkommission hatte der Versammlung folgende Anträge an den Reichskanzler unterbreitet:

1. Die Z.E.G. schnellstens anzuweisen, die jetzt völlig ungenügende Versorgung der Stadt Elberfeld mit Butter, Fett, Fleisch, Eiern und anderen Lebensmitteln schleunigst zu erleichtern.

2. Zu erwägen, ob nicht auch die Regelung der Einfuhr von Lebensmitteln der Zuständigkeit des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes zu unterstellen ist.

3. Auf eine Verbilligung aller notwendigen Lebensmitteln Bedacht zu nehmen und auch in dieser Hinsicht die Geschäftsgrundsätze der Z.E.G. nachzuprüfen.

4. Dem Handel die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem neutralen Ausland unter folgenden Bedingungen wieder zu gestatten: a) Das Bedürfnis für die Einfuhr muß in jedem Falle nachgewiesen werden; b) der Einkaufspreis darf nicht über den im Einvernehmen mit der Z.E.G. festgelegten Marktpreis liegen; c) der Weitervertrieb wird nur gestattet, unter der Voraussetzung, daß ein beschränkter Nutzen vorgesehen und Vorsorge getroffen wird, daß die Ware auf dem kürzesten Wege an die Verbraucher gelangt.

Kampfansage gegen die Z.E.G. und die Regierung.

In der jüngsten Sitzung der Kölner Stadtverwaltung kam es zu scharfen Angriffen gegen die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft. Der Bürgermeister wies nach, daß der Westen und besonders Köln, in Bezug auf Butter- und Eierversorgung anderen Landesteilen gegenüber derart zurückstehe, daß man die wachsende Empörung der breiten Massen wohl begreifen könne. Alle Redner bezeichneten die Arbeitsmethode der Z.E.G. als einen „öffentlichen Skandal"; wenn die Gesellschaft nicht anders arbeiten könne, dann sei sie ein Schädling am Volkskörper und müsse liquidieren. Köln erhält jetzt pro Kopf und Woche 30 Gramm Butter und ein Ei.

Noch schärfere Angriffe wurden gegen das Reichsamt des Innern gerichtet, das durch Aufhebung der Gemüsehöchstpreise den unerhörten Wucher geradezu begünstigt habe, der jetzt auf dem Gemüsemarkt herrsche und das Volk zur Verzweiflung treibe. Ferner sei der Höchstpreis von 10 Mk. für Frühkartoffeln, der alle Lieferungen bis 15. August umfaßt, von den Massen überhaupt nicht zu bezahlen. Köln lege gewaltige Summen zu, wenn es bei den bisherigen Preisen für die städtischen Kartoffeln bleibe. Das Ergebnis der leidenschaftlichen Verhandlungen war ein dringendes Telegramm an den Reichskanzler und Minister des Innern, worin um schleuniges Eingreifen ersucht wird.

Eine Absage an den Reichskanzler.

Herr v. Bethmann Hollweg hat im Reichstag den Wunsch geäußert, daß man auch nach dem Kriege nicht mehr von nationalen und antinationalen Parteien rede, diese Unterscheidung vielmehr zum alten Eisen werfen möge. Darauf antwortet jetzt die „Kreuzzeitung":

Jedenfalls hat die Haltung der Sozialdemokratie und ihre Ablehnung des Haushaltungsplanes den Beweis erbracht, daß es nicht gut angängig ist, dem Wunsche des Reichskanzlers folgend, den Unterschied zwischen den nationalen und den andern Parteien ohne weiteres zum alten Eisen zu werfen. Den gleichen Beweis erbrachte die Haltung der Sozialdemokratie zu den Kriegssteuern. Abgesehen von dem Kriegsgewinnsteuergesetze hat sie alle übrigen Steuergesetze rundweg abgelehnt trotz des wiederholten Hinweises der Regierung, daß die Annahme der Gesetze im Interesse des Reiches und der Fortführung des Krieges notwendig sei. Die „Kreuzzeitung" scheint dabei übersehen zu haben, daß die Abgg. Heydebrand und Graf Westarp im Reichstag gegen die Besteuerung der Kriegsgewinne gestimmt haben. Nach den Ansichten der „Kreuzzeitung" wären sie also antinationale Elemente.

Badische Politik.

Großer Wildschaden. — Große Fleischnot.

Seit Jahren wird im Amtsbezirk Eppingen heftig geklagt über den Wildschaden, den die dortigen Landwirte haben, hauptsächlich in den Weinorten Hilsbach, Eichelberg, Tiefenbach usw. Schon im Frühjahr wird das Getreide und Futter vom Wild abgefressen, die Landwirte haben immer die doppelte Arbeit. Im Spätjahr, wenn die Trauben reifen, richten die Fasanen, die es auch in Massen hat, einen enormen Schaden an, es ist beinahe unmöglich, bei uns etwas zu pflanzen. Zu allem Unglück hat die Großh. Landwirtschaftskammer vor einigen Jahren beschlossen, daß die Fasanen 4 Wochen später abgeschossen werden dürfen, anstatt früher. Der Herr Abgeordnete des Bezirks hat leider bis heute noch nicht diese berechtigte Beschwerde im Landtag vorgebracht, was um so mehr auffällt, als er selbst durch das Wild einen nicht geringen Schaden erleidet. Wir sind der festen Ueberzeugung, wenn das Großh. Bezirksamt Eppingen, von den betr. Bürgermeisterämtern richtig unterrichtet worden wäre, so hätte der Zustand schon längst eine Aenderung erfahren.

Nur so weiter gemacht.

Wie die „Heidelberger Zeitung" hört, haben die vor einigen Tagen festgesetzten Höchstpreise für Obst bei einem Teil der Erzeuger Mißstimmung hervorgerufen. Man mache geltend, daß die Preise die Friedenspreise kaum überschreiten. Man führt an, daß die Kosten für das Pflücken und den Transport wesentlich höhere sind, als im Frieden, ja von einzelnen Obstgärtenbesitzern habe man bedauerlicherweise sogar die Aeußerung vernommen, daß man, wenn die Preise nicht erhöht werden würden, das Obst auf den Sträuchern und Bäumen lieber hängen und umkommen lassen würde, als zu den festgesetzten Höchstpreisen auf den Markt zu bringen.

Es fehlte angesichts der Zustände in den Städten gerade noch, daß solche Stimmen vom Lande hörbar werden. Die Höchstpreise wurden im Benehmen mit Vertretern der Landwirtschaft festgesetzt. Im übrigen hat der Staat in Kriegszeiten auch die Mittel, halsstarrige Bauern zur Vernunft zu bringen. Er braucht nur jeden, der Obst auf den Bäumen hängen läßt, entsprechend zu strafen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Auf der Kreiskonferenz für den Wahlkreis **Merseburg-Querfurt** konnte berichtet werden, daß die Organisation das zweite Kriegsjahr verhältnismäßig gut überstanden hat. Obwohl über zwei Drittel der Genossen zum Kriegsdienst einberufen sind, konnten 20 der bisherigen 22 Distrikte während des Krieges ihre selbständige Tätigkeit fortsetzen.

Die Konferenz nahm als ihre Entschließung zum Parteistreit nach einem zweistündigen Vortrag und längerer Aussprache nachstehende Resolution mit 24 gegen 1 Stimme an:

„Die Kreiskonferenz für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt wendet sich entschieden gegen die Haltung der Fraktionsmehrheit. Sie fordert eine klare, selbständige proletarische Machtpolitik auch während des Krieges. In diesem Sinne begrüßt sie das Vorgehen der Minderheit, die durch ihr selbständiges Auftreten gegen die Kriegspolitik der Regierung den Genossen im Lande endlich den Glauben an die Wahrung der sozialistischen Grundsätze wieder gab. Die Opposition hat dadurch den Bestand unserer Organisation gesichert und gefestigt. Deshalb wird auch die durch das Herausdrängen der Minderheit herbeigeführte Spaltung der Fraktion, nicht zu einer Zerstörung der Parteieinheit führen. Es muß jedoch nun vom Vorstand der Partei dringend erwartet werden, daß er alles unterläßt, was die Differenzen einseitig verschärfen und so die Parteieinheit schließlich doch gefährden könnte.

Die Kreiskonferenz hält es für selbstverständlich, daß man nicht dabei stehen bleiben dürfte, nur den Etat abzulehnen, sondern daß jetzt auch die Kriegskredite zu verweigern waren, da letztere nur dazu dienen, den Frieden immer weiter hinaus zu schieben. Anderseits erwartet die Konferenz die Förderung der Friedensarbeit durch energische Unterstützung der Beschlüsse von Zimmerwald und Kienthal, die zur Belebung der oppositionellen Friedensarbeit praktisch äußerst wirksam waren."

Die Konferenz stellte dann für den aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Genossen Pollender als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl den Genossen Koenen-Halle auf.

Gewerkschaftliches.

Mannheim, 13. Juni. In einer gemeinsamen Beratung der Vertreter der drei Arbeiterorganisationen (freie, christliche und Hirsch-Dunckersche) wurde beschlossen, sofort an alle Tabakfabrikanten den Wunsch auf Lohnerhöhung der Tabakarbeiter zu stellen. Nach der „Volksstimme" soll gefordert werden eine generelle Lohnerhöhung von 25 Prozent unter Anrechnung der bisher während des Krieges gewährten Lohn- und Teuerungszulagen und zwar in allen Betrieben und für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, gleichviel ob sie Lohn- oder Akkordarbeit verrichten. In der Begründung zu der Lohnerhöhung wird auf die ungeheure Preissteigerung der Lebensmittel hingewiesen.

* **45 000 Mark Arbeitslohn gerettet.** Die Berliner Schlichtungskommission für das Militär-Bekleidungsgewerbe hat kürzlich in einem Falle, wo ein Unternehmer bei Lieferung von 85 000 Reithosen für das Gardekorps 97 000 Mk. Arbeitslohn zu wenig gezahlt hatte, nach mehrfachen Verhandlungen einen Vergleich zustande gebracht, der den Arbeitern und Arbeitnehmern 45 000 Mk. zu wenig gezahlten Arbeitslohn sichert. Auf eine Arbeiterin entfällt dabei allein ein Betrag von 1300 Mk., auf eine andere 1000 Mk. Auf die einzelne Hose wurden 1,15 Mk. Arbeitslohn zu wenig gezahlt. Der Vertrter des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen erklärte ausdrücklich, daß er nur 90 Arbeiterinnen vertrete In Wirklichkeit seien viel mehr geschädigt worden. Es gibt nämlich noch immer Arbeiterinnen, die auch heute noch nicht wissen, welcher Lohn ihnen zusteht und die sich mit weniger als tarif festgelegt ist, zufriedengeben, um nur die Arbeit zu behalten. Die Gefahr, entlassen zu werden, wenn bessere oder auch nur die tariflichen Löhne gefordert werden, besteht natürlich aber doch nur solange, wie diese Forderungen einzeln oder von nur wenigen erhoben werden. Deswegen ist ja gerade der Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen so dringend notwendig. Er wird durch obiges Ergebnis wieder aufs neue bewiesen. Der Verband der Schneider und Schneiderinnen hat durch sein Wirken in der Schlichtungskommission bereits über 100 000 Mk. für die Arbeiter und Arbeiterinnen gerettet.

Soziale Rundschau.

Tagung für Massenspeisungen. Eine Tagung für die praktische Durchführung von Massenspeisungen veranstaltet die Zentralstelle für Volkswohlfahrt am 3. Juli, nachmittags ½5 Uhr, und am 4. Juli im großen Sitzungssaale des Reichstages. Auf dieser Tagung soll nicht das Für und Wider der Massenspeisungen erörtert werden, vielmehr geht die Absicht dahin, den Gemeinden und Vereinen, die sich zur Vornahme von Massenspeisungen entschlossen haben oder entschließen werden, die Möglichkeit zum Austausch von Erfahrungen und zur Besprechung rein praktisch-technischen Fragen zu geben. Die Einladungen zur Tagung versendet die Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Berlin W. 50, Augsburgerstraße 61.

Gefallene Badener.

Den Heldentod fürs Vaterland starben:

Gefr. d. R. Otto Brees von Mannheim. Off.-Stellv. Josef Schick, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Heidelberg. Kriegsfreiw. Gefr. Friedrich Kautzmann, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Karlsruhe. Vizefeldw. d. R. Lehrer Albert Ernst von Spöck. Armierungssoldat August Eugen Lehmann von Gengenbach. Kriegsfreiw. Robert Kaiser, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Lahr und Krankenwärter Andreas Wild von Freiburg.

Kriegswucher und Kriegsschwindel.

* **Nahrungsmittelschwindel.** Der amtliche „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen" warnt wieder vor den Ersatzstoffen und Surrogaten, „die sich, obwohl mit großem Wortschwall angepriesen, als mehr oder weniger raffinierte Fälschungen herausgestellt haben. Verschiedene Nahrungsmittel- und chemische Untersuchungsämter haben das Verdienst, die Minderwertigkeit dieser Ersatzstoffe nachgewiesen und gezeigt zu haben, daß die Hersteller solcher Ersatzstoffe nur den Zweck verfolgen, den Käufern das Geld aus der Tasche zu locken.

Das chemische Untersuchungsamt des Land- und Stadtkreises Reuß gibt in seinem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht von 1915 bekannt, daß namentlich bei Fleischkonserven bedauernswerte Fälschuegen vorgekommen sind. In den meisten Fällen stand der Nähr- und Genußwert sowie auch der Handelswert des Büchseninhalts in keinem Verhältnis zu den geforderten Preisen, wiederholt war der Inhalt minderwertig.

Auch die Untersuchungen der Ei-Ersatzmittel hatte bedenkliche Ergebnisse; sie erwiesen sich zumeist als gefärbte Mischungen von Kartoffel- und Maismehl mit doppelkohlensaurem Natron und Trockenmilchpulver. Die auf den Packungen angebrachte Kenntlichmachung des Inhalts war meist so vorsichtig gewählt, daß ein Einschreiten gegen die Hersteller nicht möglich war. Der Geschäftsbericht stellt ferner fest, daß die für den Feldversand bestimmten Milchpräparate sich bei der Untersuchung mit einer Ausnahme als ganz schlimme Uebervorteilung des Publikums erwiesen, ebenso teilweise die untersuchten Fischkonserven.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Die Lebensmittelversorgung der Durlacher Bevölkerung** will, so schreibt man uns, durchaus nicht klappen. Die Hausfrauen, die nun schon Wochen den Fleischkampf mitmachen, hofften, daß die Fleischkarten vom 1. Mai einigermaßen Besserung schaffen werden. Aber weit gefehlt. Nicht nur die Bestellungen durch Telephon, sondern die Freizügigkeit im Verkauf verhinderte, daß die erwerbstätigen Frauen etwas erhielten. Schreiberin dieser Zeilen stellte fest, daß Frauen, welche Zeit und Geld hatten, oft 2, 4 und 6 Pfund auf eine Familie einkaufen konnten. Beim Vorhalt dieses Unrechts wurde immer erwidert: „Die Fleischpolonaise wollen wir nicht zwei- und dreimal in der Woche mitmachen". Geringe Aussicht verspricht die Einschreibung für diejenigen, die den ganzen Tag auf Arbeit sind, solange ihnen nicht eine kleine Ration garantiert wird. Die Metzger sollten veranlaßt werden, zu bestimmter Stunde für den und den Buchstaben Fleisch zu verabfolgen. Dadurch wäre es jedem möglich, sein Fleisch zu holen und es wäre viel Zeit, Aerger und — Schutzleute erspart. Auch die Zuckerversorgung zum Einkochen der Früchte im Juni, Juli und August muß in Erwähnung gebracht werden. Alle diejenigen, die sich große Zuckervorräte anschafften, konnten sich nun gleichzeitig zum Bezug mit denjenigen als gleichberechtigt anmelden, die nicht einmal für den täglichen Verbrauch die so notwendige Ration zur Verfügung haben. Die allerwenigsten werden ehrlich angeben, was sie an Vorrat haben und die Versorgung von der Kommunalverwaltung gar nicht benötigen. Ein weiterer mißlicher Umstand ist das Abernten von grünen Früchten. Schon seit drei Wochen besagen Anzeigen im Lokalblatt, daß grüne Stachelbeeren von amerikanischem Mehltau frei von Interessenten, Produzenten und Händler, an- und verkauft werden. Bis die Regierung und die Instanzen ihre Bestimmungen treffen, sind die Früchte grün geerntet und für die besitzlosen Familien keine reifen Früchte mehr vorhanden, die man fast ohne Zucker einkochen kann und einigermaßen einen Ersatz für Mehl und Fleisch bieten würden. Alle die Egoisten müßten sich doch sagen, daß unter diesen Umständen die Arbeitskraft des Volkes auf Jahrzehnte hinaus verloren geht. L. K.

— **Ehezwist.** Wir brachten vor einiger Zeit die Mitteilung, daß der Fabrikarbeiter Schaible bei einem ehelichen Zwist von seinem Sohn schwer verletzt worden sei und daß aus diesem Anlaß Mutter und Sohn verhaftet worden seien. Wie wir nun hören, befindet sich der verletzte Schaible auf dem Wege der Besserung. Mutter und Sohn sind aus der Untersuchungshaft entlassen.

Rastatt.

* **Lebensmüde.** Am 1. Feiertag machte im Iffezheimer Walde ein Landsturmmann durch Erhängen seinem Leben ein Ende.

---

* **Pfaffendorf** bei Schönau i. W., 14. Juni. Durch Feuer wurde das Anwesen des Landwirts Mutter auf dem Hallsbühl vollständig zerstört. Neben den Fahrnissen sind auch vier Stück Großvieh und vier Schweine verbrannt.

* **Obersasbach,** 13. Juni. „Schwein". Ein Mutterschwein des im Felde stehenden Ratschreibers Siefermann hat 18 gesunde Ferkel geworfen.

* **Kehl,** 13. Juni. Am Sonntag wurde eine weibliche unbekannte Leiche etwa 700 Meter oberhalb des Pionier-Uebungsplatzes geländet. Sie wird wohl schon über ein halbes Jahr im Wasser gelegen haben. Es handelt sich anscheinend um ein Mädchen in den 20er Jahren, das den Tod in den Wellen gesucht oder durch Unglücksfall gefunden hat.

---

* **Neue Kartoffelverordnung.** Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat verordnet: Vom 10. Juni 1916 ab dürfen Kartoffeln nicht mehr verfüttert werden. Der Kommunalverband regelt die Zulassung von Ausnahmen. Ausnahmen dürfen nur bewilligt werden für Kartoffeln, die sich nachweislich zur menschlichen Ernährung nicht eignen. Viehbesitzer dürfen bis 15. August 1916 an ihr Vieh insgesamt nicht mehr Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei verfüttern, als auf ihren Viehbestand bis zu diesem Tage nach folgenden Sätzen entfällt: An Pferde höchstens 2½ Pfund, an Zugkühe 1½ Pfund, an Zugochsen 1¾ Pfund, an Schweine 1½ Pfund täglich. Die Kommunalverbände können das Verfüttern dieser Erzeugnisse weiter beschränken oder ganz verbieten. Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl dürfen nicht verfüttert werden.

Neue Maßnahmen für die Milch- und Fettversorgung.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat angeordnet: Bei Aufbringung des Fleischbedarfs nach der Verordnung vom 28. März 1916 ist Vorsorge zu treffen, daß Kühe, die vorzugsweise zur Milcherzeugung geeignet sind, nicht zur Schlachtung kommen. Die Landeszentralbehörden haben die näheren Bestimmungen zu erlassen. Besitzer von Milchkühen, die im Mai 1916 Milch an eine Molkerei geliefert haben, sind, soweit eine vertragliche Verpflichtung zur Weiterlieferung nicht besteht, verpflichtet, die Milch auch künftig an die bisherigen Abnehmer zu liefern. Sie haben monatlich mindestens so viel Milch zu liefern, als dem Verhältnis der im Mai gelieferten Milch zu der gesamten von ihnen im Mai erzeugten Milch entspricht. Die höhere Verwaltungsbehörde kann zur Abwendung von Notständen Besitzer von Kühen ihres Bezirkes, die bisher ihre Milch nicht an Molkereien geliefert haben, zur Lieferung der Milch an eine Molkerei anhalten. Die Aufforderung ist nicht auf solche Milch zu richten, deren der Besitzer zum Verbrauch im eigenen Betriebe bedarf. Die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt erforderlichenfalls die Molkerei, an die zu liefern ist, setzt den Preis und die Lieferungsbedingungen fest und entscheidet über Streitigkeiten, die sich aus der Lieferung ergeben; ihre Entscheidung ist endgültig. Bei Eintritt von Notständen durch Milchknappheit können Molkereien zur Lieferung von Vollmilch- oder Magermilch an bestimmte Gemeinden angehalten werden.

Die Verpflichtung der Molkereien zur Ueberlassung von Butter wurde dahin erweitert, daß bis zu fünfzig vom Hundert der im Vormonat hergestellten Buttermenge zu überlassen sind. Vom 1. Juli 1916 ab wird die Lieferungspflicht erstreckt auf die Molkereien, bei denen im Jahre 1914 fünfzigtausend bis fünfhunderttausend Liter Milch oder eine entsprechende Menge Rahm eingeliefert worden sind. Molkereien dürfen vom 1. Juli 1916 ab Butter nach Orten innerhalb des Deutschen Reichs mit der Post oder Eisenbahn, außer an Behörden sowie an Kaufleute zum Weiterverkauf, nur gegen vorherige Einsendung eines Bezugsscheins verschicken. Zur Ausstellung eines Bezugsscheines sind nur solche Gemeinden berechtigt, die den Verkehr mit Speisefetten geregelt haben. Jeder, der vom 1. Juli 1916 ab Butter mit der Post oder Eisenbahn versendet, ist verpflichtet, auf der Verpackung in deutlich sichtbarer Weise seinen Namen und Wohnort, oder seine Firma und deren Sitz anzugeben und die Sendung als Buttersendung unter Angabe des Gewichts der Butter zu kennzeichnen. Molkereien sind verpflichtet, über Bezug und Verarbeitung von Milch und Rahm sowie über Abgabe von Butter, Butterhändler über Bezug und Absatz von Butter zu führen. Das Kriegsernährungsamt oder die von diesem bezeichnete Stelle kann nähere Vorschriften hierüber erlassen. Die Gemeinden über 5000 Einwohner haben, soweit dies noch nicht geschehen ist, bis zum 1. Juli 1916 den Verkehr mit Speisefetten in ihrem Bezirk und den Verbrauch zu regeln. Die Gemeinden über 5000 Einwohner können anordnen, daß die Vollmilch, die in ihren Bezirk gelangt, entrahmt und verbuttert wird. Die Anordnung darf nicht erstreckt werden auf die Vollmilch, die zur Ernährung von stillenden Frauen, Kindern, Säuglingen und Kranken erforderlich ist. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Kälte und Unwetter.

Vom Feldberg, 13. Juni. In den höheren Lagen des Schwarzwaldes ist es in den letzten Tagen zu lebhaften Schneefällen gekommen. Auf dem Feldberg lag der Schnee bis 20 Zentimeter hoch. Aehnliche Meldungen kommen auch von anderen Teilen des Schwarzwaldes, dessen Berge über die Feiertage ein winterliches Aussehen hatten. Das Weidevieh auf den Bergen mußte in den Ställen verbleiben.

Haueneberstein, 13. Juni. Die naßkalte Witterung hat den Hackfrüchten sehr geschadet. Infolge des andauernden Regens beginnen die Kirschen auf den Bäumen zu faulen.

Bühl, 13. Juni. Am Pfingstmontag ging in Schwarzach ein Gewitter nieder. An der Bahnstrecke von Schwarzach nach Rastatt schlug der Blitz mehreremal in die Telegraphenstangen und beschädigte die Leitungen. Im nahen Stollhofen wurde in der Kirche das Schlußlied gesungen, als der Kirchturm von einem Blitzstrahl getroffen wurde. Unter Entwickelung einer gewaltigen Feuergarbe fuhr er am Blitzableiter zur Erde, ohne zu schaden. Die Leute verließen die Kirche schleunigst, ohne den Schlußsegen abzuwarten.

Kehl, 13. Juni. Am Sonntag nachmittag schlug der Blitz in das Wohnhaus des Installateuers Hummel auf der Kommissionsinsel. Er zündete nicht, beschädigte das Kamin und die elektrische Lichtanlage.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 14. Juni.

Ein gerechter Ausgleich dringend nötig.

Daß die Nahrungsmittel knapp geworden sind, ist eine allbekannte Tatsache. Umsomehr ist es geboten, bei der Verteilung derselben Gerechtigkeit walten zu lassen. Das Richtigste wäre wohl, alle aufgespeicherten Vorräte, ob sie sich in den Lagerräumen der Spekulanten oder in den Speisekammern und Kellern der Hamsterer befinden, zu beschlagnahmen und sie zu angemessenem Preis der Allgemeinheit zuzuführen. Dazu scheint man sich aber nicht aufraffen zu können. Was man aber mit umso größerem Nachdruck verlangen muß, ist, daß die Lebensmittelvorräte, die dem Kommunalverband und dem städtischen Lebensmittelamt zugewiesen werden, gleichmäßig verteil werden.

Eine große Ungleichmäßigkeit der Lebensmittelverteilung liegt zunächst darin, daß bei der Ausgabe der Eier-, Fett-, Mehl-, Gries-, Reis-, Butter-, Erbsen- usw. Karten kein Unterschied gemacht wird zwischen solchen Familien, die selber kochen und solchen, welche ihre Hauptmahlzeit aus den städtischen Küchen beziehen bezw. dort essen. Man will aus „Patriotismus", da es sich bei diesen letzteren meist um Kriegerfamilien handelt, diese in der Nahrungsversorgung besser stellen als die anderen Familien und läßt deshalb diesen neben dem Essen auch noch die Nahrungsmittelkarten im vollen Umfang zukommen. Profitieren können davon übrigens nur diejenigen Kriegerfrauen, die in der Unterstützung gut gestellt sind oder sonst über Geldmittel verfügen, denn wenn das Essen und die Milch von der Unterstützung abgezogen und die Miete bezahlt ist, bleibt bei vielen Frauen nicht mehr so viel übrig, all ihre Lebensmittelkarten an den Mann bringen zu können.

Doch davon wollen wir auch nicht reden. Es handelt sich vielmehr darum, **für die fehlende Fleischnahrung Ersatz zu schaffen.** Die Fleischkarten haben für viele Haushaltungen, namentlich in den Kreisen der Arbeiterschaft, keinen großen Wert, einmal weil das Fleisch dort überhaupt nie eine große Rolle gespielt hat und dann aber auch, weil es zurzeit unerschwinglich teuer und selten ist. Die Folge davon ist, daß sichs jene zunutze machen, die ohne möglichst großen Fleischkonsum nicht auszukommen glauben. Zwar ist es verboten, Fleischkarten von der einen auf die andere Haushaltung oder Person zu übertragen. Aber eine Kontrolle wird darüber nicht geführt, trotzdem eine solche sehr angebracht wäre.

Wir möchten deshalb darauf hinweisen, daß der Magistrat der Stadt Augsburg in dieser Richtung Maßnahmen getroffen hat, die dem hiesigen Stadtrat nur zur Nachahmung empfohlen werden können. Wer in Augsburg für seine Karte keine Verwendung hat, weil er kein Fleischesser ist oder weil ihm das Fleisch zu teuer ist, hat Gelegenheit, **die ganze Fleischkarte oder einen Teil der Marken an den Stadtmagistrat zurückzugeben und erhält dafür Anweisungen zum billigen Bezug anderer Lebensmittel, wie Maisgrieß, Maismehl, Weizengrieß, Hirse, Teigwaren oder Reis.** Diese Nahrungsmittel sind nicht nur erheblich billiger, sondern haben mindestens den gleichen Nährwert wie Fleisch.

Aehnliche Einrichtungen sind in den letzten Tagen von verschiedenen kleineren Städten Badens getroffen worden. In verschiedenen Blättern wird übrigens auch der ganz vernünftige Vorschlag gemacht, einmal zu überlegen, ob man nicht den Leuten, welche für die Fleischkarte so gut wie keine Verwendung haben, **gegen Rückgabe von Fleischkarten bis zu einem gewissen Maß Brotkarten zukommen lassen könnte.** Damit wäre ein Mißbrauch der Fleischkarte durch Leute, die den Genuß von Fleisch als eine Art Sport treiben, nicht mehr in selbem Umfange wie bisher möglich, zugleich aber hätten die Inhaber von Fleischkarten, denen der Wille oder die Möglichkeit, sich Fleisch zu beschaffen, fehlen, einen zweckdienlichen Ersatz für ihre unnütze Fleischkarte.

In dieser Frage sollte etwas geschehen. Was nützt dem armen Teufel der Ueberfluß an Fleischkarten, wenn ihm die übrigen notwendigsten Nahrungsmittel (Brot, Mehl, Teigwaren, Butter, Eier, Schmalz, Milch, Zucker usw.) fehlen? Hier einen Ausgleich zu schaffen, gehört sicherlich nicht zu den Unmöglichkeiten.

---

* **Fleischversorgung.** Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß morgen der letzte Tag ist zum Einschreibenlassen bei einem Metzger. Wer das versäumt, hat keinen Anspruch auf Fleischbezug.

* **Ueberwachung der Reisenden.** Amtlich wird darauf hingewiesen, daß das reisende Publikum in den Eisenbahnzügen durch Militärpersonen in Zivilkleidern überwacht wird. Diese haben die Rechte und die Pflichten von Polizeibeamten und sind befugt, von den Reisenden die Vorlage von Ausweispapieren zu verlangen. Es empfiehlt sich daher, um Weiterungen zu vermeiden, sich vor Antritt der Reise mit amtlichen Ausweispapieren zu versehen.

* **Mehr Höflichkeit gegen das Publikum!** In letzter Zeit gehen uns verschiedentlich Klagen zu über barsche Behandlung des Publikums von seiten einzelner Schutzleute und Verkäuferinnen in den städtischen Verkaufsständen, die wir im einzelnen nicht behandeln wollen. Schon deshalb nicht, weil sich auch das Publikum oft recht unvernünftig benimmt und man schon begreifen kann, wenn dem einen oder andern der Schutzleute oder Bediensteten die Galle überläuft. Diejenigen Frauen allerdings, die sich zum Verkehr mit dem Publikum nicht eignen, sollten aus den Verkaufsbuden entfernt werden. Die Frauen, die heute die Nahrungsmittel buchstäblich „erstehen" müssen, sind übel genug daran und sollten sich dazu nicht noch anschnauzen lassen müssen.

Unseres Erachtens sollte mit allen Mitteln darauf hingewirkt werden, daß die Verteilung besser geregelt wird und endlich einmal die verschiedenen „Polonaisen" vom Straßenbild verschwinden. Die Frauen können doch nicht gleichzeitig Kartoffel-, Butter-, Eier- und Fleischpolonaise von je 3—4 Stunden stehen. Der Tag müßte ja 50 Stunden haben. Die Stadt hat so viele Marktbuden im Besitz, daß die dreifache Zahl an verschiedenen Plätzen aufgestellt werden kann. Es würde schon viel Unmut beseitigt werden, wenn die Leute nicht so ungeheuer viel Zeit aufwenden müßten, um das bißchen Zeug zusammenzuholen, dessen eigentlicher Wert in gar keinem Verhältnis zu den verlorenen Stunden steht. Es gibt eben auch Frauen, die absolut keine Zeit haben, um halbe Tage lang herumzustehen, die natürlich deshalb nicht zu kurz kommen wollen.

* **Das Karlsruher Arbeitersekretariat.** Dem Bericht des Arbeitersekretariats für das Jahr 1915 entnehmen wir die folgenden Zahlen: Das Arbeitersekretariat wurde im Berichtsjahre von 3663 Auskunftsuchenden in Anspruch genommen, die sich aus 3380 Arbeitnehmern und deren Angehörigen (1982 männliche und 1398 weibliche), 249 sonstigen Personen (140 männliche und 109 weibliche) und 34 Vereinen und Korporationen zusammensetzten. Von den Auskunftsuchenden wohnten am Sitze des Sekretariats 1997, während 1666 aus andern Orten kamen. Gewerkschaftlich organisiert waren 1654 Personen = 45,2 Proz. Die Zahl der erteilten Auskünfte betrug 4376. Davon wurden mündlich 3784 und schriftlich 592 Auskünfte erteilt. Die erteilten Auskünfte verteilen sich auf die einzelnen Rechtsgebiete wie folgt: Arbeiterversicherung: 1680 (Unfallversicherung 1043, Krankenversicherung 332, Invalidenversicherung 305). Arbeits- und Dienstvertrag: 544 (Kündigung und Lohnforderung 332, Lehrlingswesen 51, Gesindeverhältnisse 30, Seemannsordnung 2, Arbeiterschutz 15, Zeugnisse und Legitimationspapiere 36, Sonstiges 78). Bürgerliches Recht: 821 (Sachenrecht 83, Familienrecht 130, Erbschaftssachen 65, Mietrecht 208, Schadenersatz und Haftpflicht 50, Pfändung 47, Zivilprozeßwesen 164, Sonstiges 79). Gemeinde- und Staatsangelegenheiten: 1026 (Steuersachen 34, Staatsangehörigkeit und Bürgerrecht 56, Armenangelegenheiten 111, Fürsorgeerziehung 52, Schul- und Kirchenwesen 31, Militärwesen 671, Sonstiges 71). Strafrecht: 121. Arbeiterbewegung 3, Privatversicherung 33, Handels- und Gewerbesachen 29, Diverses 119. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 1351. Sie verteilen sich auf die einzelnen Rechtsgebiete wie folgt: Arbeiterversicherung 604, Privatangestelltenversicherung 1, Arbeits- und Dienstvertrag 165, Bürgerliches Recht 137, Strafrecht 39, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 274, Sonstige Sachen 131. Persönliche Vertretungen erfolgten in 77 Fällen für 81 Personen. Von den Fällen wurden vertreten: vor dem Versicherungsamt 3, vor dem Oberversicherungsamt 39, vor dem Landesversicherungsamt 1, vor dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht 27, vor dem Amts- und Gemeindegericht 7. Die Gesamtzahl der in persönlicher Vertretung wahrgenommenen Termine betrug 98. Das Arbeitersekretariat kann somit am Schlusse des Geschäftsjahres wieder auf eine recht umfangreiche, gemeinnützige Tätigkeit zurückblicken.

* **Badische Lokal-Eisenbahnen A.-G. in Karlsruhe.** Bei dieser Gesellschaft, an der die Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft in Köln beteiligt ist, sanken nach dem Geschäftsbericht für 1915 die Betriebseinnahmen im abgelaufenen Jahr infolge der Beeinträchtigung durch den Krieg auf 1 062 025 Mk. (i. V. 1 233 913 Mk.). Zum Ausgleich der Verminderung der Einnahmen wurde die Zugzahl auf sämtlichen Bahnen bedeutend verringert, dagegen mußte für Kriegsunterstützungen mehr aufgewandt werden. Die Gesamtausgaben einschließlich Rückstellung in die Erneuerungsbestände usw. erforderten 950 493 Mk. (i. V. 986 300 Mk.), der Gesamtüberschuß betrug 111 532 Mk. (247 614 Mk.). Dazu traten noch 2486 Mk. (20 039 Mk. Zinsen, 285 (0) Kursgewinne und 0 (8873 Mk.) Vortrag. Nach Verrechnung von 18 924 Mk. (22 060 Mk.) Geschäftsunkosten, von 340 627 Mk. (342 967 Mk.) Anleihezinsen, von 0 (21 397 Mk.) Kursverlusten und von 5000 Mk. (wie i. V.) Abschreibungen ergab sich ein Verlust von 250 248 Mk. (114 898 Mark), wovon 95 593 Mk. durch Aufzehrung der Rücklage gedeckt und der Rest vorgetragen wird. In den ersten vier Monaten des Jahres 1916 sei eine nicht unwesentliche Besserung der Betriebsergebnisse zu verzeichnen. Die Einnahmen stiegen von 306 044 Mk. auf 366 585 Mk. und die Betriebsüberschüsse von 22 271 Mk. auf 56 480 Mk.

* **Tötet keine Hummel!** In den weitesten Kreisen der Bevölkerung herrscht Unkenntnis über den Nutzen der Hummel. Sonst würde man nicht ihre Nester zerstören oder, wenn sich mal so ein Brummhummel in ein Zimmer verirrt, diesen schonungslos töten. Die Hummel besuchen nämlich mit Vorliebe die Rotkleeblüten und während sie nach dem Honig suchen, bewirken sie die Bestäubung und damit die Samenbildung. Die Rotkleesamengewinnung ist so eng mit den Hummeln verknüpft, daß man sagen kann: Ohne Hummel keine Rotkleesamenernte! Die Bedeutung einer reichlichen Rotkleesamengewinnung bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Daher beherzige ein jeder die Mahnung: Tötet keine Hummel!

Veranstaltungen.

* **Das Residenz-Theater Karlsruhe, Waldstraße 30,** bringt für den Spielplan vom Mittwoch, 14., bis einschl. Freitag, 16. Juni, die Erstaufführung einer hervorragenden Bilder-Tragödie „Die Fahrt der Vergeltung" (in 4 Akten mit einem Epilog); ferner „Verspieles Glück" (kleines Drama), „Sondi hat Pech!" (Filmschwank in 2 Akten) und „Der furchtbare Bräutigam" (Humoreske); außerdem die neuesten Bilder von den Kriegsschauplätzen durch die Eiko-Woche (aktuell).

* **Palast-Theater.** Rita Sacchetto, die gefeierte Tänzerin und Mimikerin, spielt die Hauptrolle in „Prinzessin Herzeleid". Ferner enthält der neue Spielplan vom Mittwoch bis einschl. Freitag außer den neuesten Kriegsberichten und einer wunderbaren Aufnahme vom nördlichen Norwegen und der Komödie in 1 Akt „Wenn man verliebt ist" noch ein Zweiakter-Drama „Späte Liebe".

Neues vom Tage.

Bootsunglück.

WTB. **Melenthe,** 13. Juni. (Nicht amtlich.) Am Nachmittag des ersten Pfingstfeiertages kenterte auf dem Kellersee ein mit sechs Personen besetztes Segelboot. Ein Matrose, ein junger Mann, und zwei junge Mädchen, angeblich sämtlich aus Kiel, ertranken, wäh-

und zwei Knaben aus Sielbeck gerettet werden konnten. Die Leichen sind noch nicht gefunden worden.

Letzte Nachrichten.

Ueber die russische Offensive

wird der „Frankfurter Zeitung" aus Berlin geschrieben: Die von dem österreichischen Kriegspressequartier schon seit längerer Zeit als sicher bevorstehend angekündigte russische Offensive in Wolhynien, Galizien und der Bukowina ist seit mehreren Tagen mit ungeheurer Wucht im Gange. Mit starkem Trommelfeuer haben die Russen ihre unter großem Menscheneinsatz durchgeführten Infanterieangriffe eingeleitet, und es läßt sich nicht leugnen, daß die österreichisch-ungarischen Linien an verschiedenen Stellen weit zurückgeschoben worden sind. Das ist in den amtlichen Meldungen der österreichisch-ungarischen Heeresleitung auch offen zugegeben worden. Die Russen melden nun eine sehr große Zahl von Gefangenen, die sie gemacht haben wollen und berichten auch über viel Kriegsgerät, das ihnen in die Hände gefallen ist. Wie weit die russischen Meldungen darüber der Wahrheit entsprechen, läßt sich zurzeit nicht feststellen. Aber wenn auch von dem, was sie melden, ein erheblicher Teil wird abgezogen werden müssen, so bleibt doch bestehen, daß die Russen bei den bisherigen Kämpfen einen Erfolg gegen unsere Bundesgenossen erzielt haben.

Das Ziel der russischen Offensive ist wohl gewesen, den österreichisch-ungarischen Flügel aufzurollen und die Linien nach dem Muster, das wir bei Tarnow-Gorlice gegeben haben, zu durchbrechen. Zweifellos ist ihnen das **nicht gelungen**, wie sie es sich gedacht haben; denn vor den deutschen Kräften, die im Verband der österreichisch-ungarischen Truppen in Galizien kämpfen, sind, wie das in den deutschen und österreichischen Heeresberichten auch festgestellt worden ist, die feindlichen Angriffe abgeschlagen worden, und der russische Angriff ist zum Stehen gekommen. Zwar suchen die Russen der aufhorchenden Welt einzureden, daß unter den Gefangenen auch viele Deutsche seien, aber sie werden damit nicht allzu viel Glauben finden und die Zahl der etwa in Gefangenschaft geratenen deutschen Truppen kann nur ganz gering sein. Dieses Standhalten des unter dem Befehl des Generals Grafen Bothmer kämpfenden Zentrums eröffnet aber die Hoffnung, daß, wie so oft schon, auch diesmal die russische Offensive in Blut erstickt werden wird, und wir können auch zuversichtlich erwarten, daß unsere Heeresleitung und die Heeresleitung unserer Verbündeten durch Gegenmaßnahmen alles tun werden, zu verhüten, daß die Russen aus ihren ersten Erfolgen wirklich große strategische Vorteile ziehen können. Die zahlenmäßige russische Uebermacht hat uns trotz mancherlei Teilerfolgen, die ihr vergönnt gewesen sind, während dieses zweijährigen Krieges niemals geschreckt, und deshalb liegt auch keinerlei Grund zu der Besorgnis vor, daß uns durch die russische Offensive der Sieg streitig gemacht werden könnte.

Die Tabakarbeiter fordern eine Lohnerhöhung.

WTB. **Berlin**, 14. Juni. Laut „Berliner Lokalanzeiger" beschlossen in Mannheim die Vertreter der Hirsch-Dunckerschen, der Christlichen und der Freien Tabakarbeiterorganisationen in einer Geheimsitzung eine etwa 25 prozentige Lohnerhöhung zu fordern.

Tumulte in Mailand.

WTB. **Berlin**, 14. Juni. Aus Lugano wird dem „Berl. Lokalanzeiger" berichtet: In Mailand wiederholten gestern die Interventionisten ihre Demonstrationen in der Galeria Victorio Emanuele mit den Rufen: „Wir wollen ein Ministerium Bissolatti!" — „Es lebe Cadorna!" und auch „Es lebe Salandra!" 32 Sozialisten warfen auf die Demonstranten mit Flaschen, Gläsern und Tintenfässern aus den Fenstern ihres Vereinslokals. Sie wurden verhaftet und in Ketten geschlossen zur Polizeiwache geführt, später aber wieder freigegeben. Die Galeria wurde militärisch besetzt. Auch in Venedig haben nach dem „Corriere della Sera" große Kundgebungen für Salandra und Cadorna stattgefunden.

Frankreich und die amerikanische Präsidentenwahl.

WTB. **Bern**, 14. Juni. Das Ausscheiden Roosevelts als amerikanischer Präsidentschaftskandidat ruft in der französischen öffentlichen Meinung große Enttäuschung hervor, der offen Ausdruck zu geben sich die Blätter nicht scheuen. Roosevelts ententefreundliche Haltung ließ ihn ihnen als zukünftigen Präsidenten angenehm erscheinen, während Hughes als home novus zu den verschiedensten Mutmaßungen Anlaß gibt. Der „Temps" stellt gegenüber der Behauptung deutschfreundlicher Sympathien von Hughes fest, daß dieser sich bisher weder hierhin noch dorthin verpflichtet habe. Das Blatt hebt in einer allgemeinen Betrachtung als bedauerliche Beobachtung hervor, daß der europäische Krieg (das soll heißen die Sache der Alliierten), obwohl die höchsten Grundsätze des internationalen Lebens auf dem Spiel ständen, auf das politische Leben der Vereinigten Staaten einen viel geringeren Einfluß ausübe, als man anzunehmen versucht gewesen sei.

Die Demobilisation.

Basel, 13. Juni. Die Pariser Blätter erfahren aus Athen: Ein vom König präsidierter Ministerrat hat endgültig den Erlaß eines allgemeinen Demobilisationsdekretes beschlossen.

Boselli.

WTB. **Rom**, 14. Juni. (Ag. Stef.) Boselli hat gestern morgen Schritte zur Bildung des Kabinetts begonnen. Er hat im Laufe des Tages den Besuch einiger Politiker empfangen, die er zur Besprechung der Lage zu sich berief.

Die Präsidentschaft Argentiniens.

WTB. **Buenos Aires**, 13. Juni. (Nichtamtlich.) Meldung der Agence Havas. Hipolyt Brigoyen und Pelagio Luna sind zum Präsidenten bezw. Vizepräsidenten der argentinischen Republik gewählt worden.

Wasserstand des Rheins.

14. Juni.

Schusterinsel 3,40 m, gest. 1 cm, Kehl 4,19 m, gef. 13 cm, Maxau 6,31 m, gef. 3 cm, Mannheim 5,90 m, gest. 27 cm.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Haushalt-Artikel!

Preiswerte Angebote in 1965

Porzellan Stahlwaren Holzwaren
Emaille Steingut Blechwaren
Einmach-Gläser
Haus- und Küchengeräte

Abgabe ohne Brotkarte

Seifen-Ersatz ‚Waschpilz'
Riegel etwa 2 Pfd. **25** Pfg. Gebrauchsanweisung kostenlos.

Hermann
TIETZ.

Trauerbriefe in jeder Ausführung liefert schnell Buchdruckerei „Volksfreund".

Ersatz
für Ledersohlen sind unsere **Gummi-Vollsohlen.** Auf Wunsch auch aufgemacht.
Schuhhaus Erika
Ludwigsplatz. 1350

Gebisse sowie Gold, Silber und Platin kauft fortwährend zu höchsten Preisen. 1323
An- und Verkaufsgeschäft
Levy, Markgrafenstr. 22.

Verloren am Pfingstmontag Vorm. im Stadtgarten ein **Kinder-Moiree-Täschchen.** Es wird ersucht, dieses gegen Belohnung in der Expedition des „Volksfreund" abzugeben.

Biber-Pelzstola m. Taschenmuff zu 20 Mk., schöner weißer Tibet-Pelz für 13—16 Jahre 6 Mk., schöner Mantel für 13—15 Jahre 8 Mk., gelbes Jacken-Leinenkostüm Größe 44, zu 5 Mk., 2 neue weiße Leinenblusen m. Stickerei, Größe 48 u. 50, St. 2.80 Mk., 2 neue schöne schwarze Blusen, Größe 42 u. 44, St. 3.90 Mk., schön. großer Zimmerteppich zu 10 Mk., kleinerer Teppich 5 Mk., Kindermantel für 3 j., rote Fenster-Portieren Paar 3 Mk., rote Tuchportieren mit Draperien, einzelne Vollvorhänge St. 1 Mk., Damenmäntel usw.
Vogel, 25 Karlstr. 25, 1 Tr.

Schuhwaren
jeder Art
kaufen Sie stets am **billigsten** im
Schuhhaus Globus
Waldhornstr. 30,
bei der Kaiserstrasse.
Ausstellung in 4 Schaufenstern. 1826

Herren- und Damenkleider
färbt rasch 1751
Färberei Firnrohr
Kaiserstraße 28.

Daniels Konfektions-Haus
Weisse u. farbige Blusen Mk. 1.45 an
Wilhelmstr. 34.
1968

Das glänzend begutachtete Salatanmachmittel
Hohlo
reines Natur-Produkt ohne Chemikalien
kauft jede Hausfrau!
Hergestellt nach eigenem Rezept
Fritz Hohl
z. Darmstädt. Hof
Karlsruhe
Kreuzstraße 2.

Durch das Landespreisamt festgesetzter Preis 1 Liter offen 55 Pfennig, 1 Flasche 80 Pfg. Bei Rückgabe der Flasche 20 Pfennig Rückvergütung.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag!

Prinzessin Herzeleid.
Ein Schicksalslied in 4 Akten.
Rita Sacchetto
die gefeierte Tänzerin und Mimikerin
spielt die Hauptrolle. 1964

Späte Rache!
Drama in 2 Akten.

Wenn man verliebt ist
Komödie in 1 Akt.

Palast-Theater Herrenstr. 11

Zum gefl. Besuche ladet ergebenst ein
Die Direktion: **Friedrich Schulten.**

Erholungsheim der Stadt Karlsruhe i. B.
für Frauen und Mädchen aus Karlsruhe. Verpflegungssatz 2 Mk. 50 Pfennig für den Tag. Nähere Auskunft und Anmeldung bei der Direktion des städtischen Krankenhauses Karlsruhe. 1570

Danksagung.
Herr Direktor Karl Forst beging am Dienstag seinen 70. Geburtstag. Aus diesem Anlaß überwies er den Armen dieses Jahr einen erheblich größeren Betrag wie bisher.
Namen der Bedachten sprechen wir hierfür unsern herzlichsten Dank aus. 1967
Karlsruhe, den 14. Juni 1916.
Kommission für Armenwesen und Jugendfürsorge.

Als Neuerscheinungen empfehlen wir:
Für die Einheit der Partei. Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.
Preis 20 Pfg. (Porto 3 Pfg.).
Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.
Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Preis 40 Pfg. (Porto 5 Pfg.).
Die Bestrebungen für eine wirtschaftliche Annäherung Deutschlands u. Oesterreich-Ungarns
Preis Mk. 1.—. (Porto 10 Pfg.).
Es lebe der Frieden. Von Ph. Scheidemann. Preis 40 Pfg. (Porto 5 Pfg.).
Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher.
Von Luise Zietz. Preis 50 Pfg. (Porto 5 Pfg.)
Buchhandlung „Volksfreund"
Luisenstraße 24. — Telephon 128.

Residenz-Theater
Waldstr.
Mittwoch
Donnerstag
Freitag

Erstaufführung.
Die Fahrt der Vergeltung.
Eine Bilder-Tragödie in vier Akten und einem Epilog. 1958

Verspieltes Glück
Kleines Drama.

Sondi hat Pech.
Filmschwank in 2 Akt.
Verfasst und inszeniert von E. Sondermann und L. Czerny.
Darsteller:
Fritz Hoffmann, Besitzer eines Reitlehrinstituts Herr Ludwig Pasch (v. d. Kom. Oper).
Elvira, seine Schwester, Frln. Lanére (vom Talia-Theater-Berlin)
Rosa Brennert, Zimmervermieterin, Frau Helene Voss.
Sondi Möpschen, Privat., Mieter bei Fr. Brennert, Herr E. Sondermann (vom Talia-Theater Berlin).

Der furchtbare Bräutigam.
Humoreske.

Neuestes von den Kriegsschauplätzen im Bilde.

Gummi-Absätze Sohlen
Ein Posten Schürzen
à Mk. 2.50. 1900
Georg-Friedrichstr. 22,
Laden.

Schlafdecken
Paar Mk. **12.50** 1880
Ia Ware unter Nachn. versendet
Daniels Versandhaus,
Karlsruhe. Wilhelmstraße 34.